

Unser Plan für eine gerechte Erbschaftsteuer

verantwortlich: Christian Görke

13. Oktober 2026



Vermögen in Deutschland ist extrem ungleich verteilt. Wenigen Superreichen, denen große Unternehmen bis hin zu ganzen Firmenimperien gehören stehen 27 Prozent der Bevölkerung gegenüber, die über keinerlei Ersparnis verfügen. Die meisten Superreichen erlangen ihr Vermögen nicht durch geniales Unternehmertum, sondern durch Glück in der Geburtslotterie: Sie erben es, häufig, ohne je selbst etwas geleistet zu haben. Der Staat unterstützt dies, indem er sehr reichen Erben auch noch die Möglichkeit einräumt, sich vermeintlich arm zu rechnen, um fast vollständig an der Steuer vorbeizukommen. Jemanden, der ein Sparkonto von der Tante erbt, trifft hingegen der volle Steuersatz. So gelingt es, riesige Vermögen über Generationen weiter zu geben, während die Mehrheit und auch der Staat – und damit die öffentliche Daseinsvorsorge – weitgehend leer ausgehen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1) **Steuerschlupflöcher schließen**

Die Verschonungsbedarfsprüfung, mit der sich Multimillionäre und Milliardäre vermeintlich arm rechnen, muss sofort abgeschafft werden. Auch alle anderen Schlupflöcher müssen geschlossen werden, insbesondere Vergünstigungen bei Unternehmensvermögen und großen Wohnungsbeständen ab 300 Wohnungen.

2) **Kleine Erbschaften geringer besteuern, große höher**

Für kleine Erbschaften und Schenkungen müssen die Steuersätze gesenkt und für große erhöht werden. Es soll ein progressiver Steuertarif gelten, beginnend bei 6 Prozent mit bis zu 60 Prozent ab einem zu versteuernden Erbe von 3 Millionen Euro.

3) **Selbstgenutztes Wohneigentum schützen**

Pro Erbschaft muss eine Immobilie mit bis zu 200 Quadratmetern von der Erbschaftsteuer befreit bleiben, wenn sie selbst genutzt wird.

4) **Freibeträge vereinheitlichen**

Wir fordern einen einheitlichen Freibetrag von 200.000 Euro. Um die Benachteiligung von nicht verwandten Personen gegenüber Verwandten zu reduzieren, sollte dieser auch für Personen freier Wahl gelten.

5) **Arbeitsplätze sichern**

Die Begleichung der Steuerschuld muss über 20 Jahre gestreckt werden und auch in Form von öffentlichen Unternehmensanteilen erfolgen können – so bleiben die Substanz der vererbten Unternehmen und die Arbeitsplätze geschützt.

Zitat von Christian Görke, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Bundestag:

„Die Bundesregierung muss schnellstmöglich für Gerechtigkeit bei der Erbschaftsteuer sorgen. Dass Superreiche sich der Steuer entziehen können, während kleine und vor allem mittlere Erben voll zahlen, ist niemandem vermittelbar. Die Verschonungsbedarfsprüfung muss sofort ersatzlos gestrichen werden. Das Argument, eine gerechte Erbschaftsteuer gefährde Unternehmen und Arbeitsplätze, ist schlicht falsch. Strecken wir die Begleichung der Steuerschuld über mehrere Jahrzehnte oder ermöglichen wir, sie in Form von öffentlichen Unternehmensanteilen zu leisten, schützen wir beides. Minister Klingbeil muss seine Arbeitsverweigerung in dieser wichtigen Gerechtigkeitsangelegenheit sofort beenden und tätig werden – von einer finalen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist er nicht abhängig.“